

Blaue Seiten



Themenübersicht

Ausgabe März 2010

Sparen ja, aber mit

Konzept!

Haushaltsrede
des Fraktionsvorsitzenden
Jörn Suika

Seite 2 bis 4

Libere Schulpolitik

Hauptschulen stärken -
nicht schließen!
Wahlfreiheit der Eltern bei
der Grundschule
einfordern
Inklusion

Seite 5 bis 6

Winter - Dienst mit

Problemen

Stell' Dir vor es schneit und
es wird nicht geräumt...

Wohin mit Unternehmen?

Wuppertal braucht neue,
große Gewerbeflächen

Seite 6 und 7

Niemals geht man so ganz

Thomas Uebrick geht

Zu Gast bei der FDP- Fraktion

Regierungspräsident
Jürgen Büssow

Seite 8

Weitere Themen dieser

Ausgabe:

Baumschutzsatzung
Bebauung Heidter Str./
Rädchen
Neuer Vorsitzender im
Tierheimbeirat

Seite 9

Informationen

Termine
Impressum

Seite 10

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Parteifreundinnen und
Parteifreunde,

anbei finden Sie die mittlerweile zweite
Ausgabe der „Blauen Seiten“ der FDP-
Ratsfraktion. Nach drei sehr intensiven
Sitzungswochen und einer über
fünftündigen Ratssitzung gibt es aber
auch genügend berichtenswerte Punkte.

Natürlich hat in den letzten Wochen die
Sparliste des Kämmerers und des
Oberbürgermeisters die politische
Debatte bestimmt. Diese Debatte gipfelte
dann in dem SPD-Unterbezirksparteitag
zwei Tage vor der Ratssitzung, bei dem
sich die SPD gegen weite Teile der
vorgeschlagenen Einsparungen
ausgesprochen hat, ohne eigene
Einsparvorschläge zu erarbeiten.
Für uns wird es spannend zu beobachten
sein, was dies für die **Große Koalition im
Rathaus** bedeuten wird. In der
Ratssitzung hat der CDU-
Fraktionsvorsitzende Bernhard Simon
nicht mit Kritik an dem SPD-Parteichef
Dietmar Bell gespart – was vom SPD-

Fraktionschef Klaus-Jürgen Reese jedoch
nur mit Schweigen kommentiert wurde.
Dem ein oder anderen SPD-Ratsherrn
konnte man die massive Verärgerung
hierüber regelrecht ansehen. Hier werden
wir sicherlich nach der Landtagswahl
gezeigt bekommen, wie es in der Großen
Koalition weiter geht.

Aber auch
andere
Themen
haben wir
während der
vergangenen
Wochen
nicht
vernachlässigt:

Die
geplanten
Bebauungen

am Toelleturm, im Briller Viertel, am
Rädchen oder in Vohwinkel wurden von
uns kritisch begleitet und kommentiert.
Zum Verlauf des **Winterdienstes** hat
außer uns keine Partei deutliche Worte
finden wollen.

Und selbst im **Umweltschutz** treiben wir



die Verwaltung zu neuen Wegen an: auf
unsere Große Anfrage zum Thema
„Elektromobilität“ hin musste die
Verwaltung erst einmal eine
Arbeitsgruppe einrichten, um sich in das
Thema einzuarbeiten. Besonders
erfreulich ist aber, dass wir nach wie vor
unsere Arbeit auf eine breite personelle
Basis stellen können. Sowohl
Regierungspräsident Jürgen Büssow als
auch der neue Beigeordnete Matthias
Nocke waren bei ihren Besuchen in
unserer Gesamtfraktion überrascht, wie
groß das Interesse an der Arbeit der FDP-
Fraktion ist. Daher möchte ich alle
Parteimitglieder noch einmal **recht
herzlich einladen**, an den
Gesamtfraktionssitzungen und den
Arbeitskreissitzungen teilzunehmen. Die
Termine finden Sie hier in den Blauen
Seiten, in den Gelben Seiten des
Kreisverbandes sowie auf der Homepage.

Mit herzlichen Grüßen

Sparen ja, aber mit Konzept!



Für die am 15. März 2010 vor dem Rat der Stadt Wuppertal gehaltene Rede gab es für FDP-Fraktionschef Jörn Suika viel Lob.



Sehr geehrter Herr
Oberbürgermeister,
Sehr geehrte Damen und Herren!

Die von Dr. Slawig vorgelegten
Zahlen machen deutlich:

Es gibt keine Alternative zur
Konsolidierung des Haushaltes !

Wir müssen das jährliche Defizit der
Stadt – mittlerweile 220 Mio. EUR –
reduzieren. Dies wird nur gehen, wenn
wir über Einnahmeerhöhungen und
Ausgabensenkungen nachdenken. Die
Ausgaben können gesenkt werden
durch eine effizientere
Mittelverwendung. Aber dies alleine wird
nicht ausreichen. Auch die Streichung
von Angeboten kann leider kein Tabu
mehr sein.

Nichts tun bedeutet, dass die
Verschuldung ungebremst ansteigt.

Nichts zu tun bedeutet aber auch,
den nächsten Generationen die Lasten
der immer weiter wachsenden Schulden
aufzubürden. Die hohen Schulden
bedeuten schon jetzt enorme
Zinsaufwendungen. Und weil die

Verschuldung steigt, steigen auch die
Zinsaufwendungen immer weiter an.

Es liegt in unserer Verantwortung,
nicht nur an das Wohl der Bürger von
heute zu denken, sondern auch an das
Wohl der Bürger von Morgen; unsere
Kinder und Kindeskinde erben unsere
Schulden! Und deshalb haben wir die
Sorge dafür zu tragen, dass diese
Schuldenlast nicht weiter ungebremst
ansteigt.

Die Lage der Stadt ist so
dramatisch, dass ein „Weiter so wie
bisher“ nicht mehr vertretbar ist.

Verantwortungslos ist daher die
Verweigerung der SPD, die
Ausgabenkürzungen zum Beispiel im
Sozialbereich mitzutragen, ohne einen
Alternativvorschlag in die Diskussion zu
bringen.

Meine Damen und Herren von der
SPD: Es reicht nicht aus, der Verwaltung
zu sagen, diese Vorschläge bitte nicht,
macht doch bitte andere Vorschläge!

Sie wissen sehr wohl, dass andere
Vorschläge für dann andere Träger von
sozialen Leistungen ebenso bitter sein

werden, wie die Vorschläge, die jetzt auf
den Tisch liegen. Wollen sie diese
Vorschläge dann auch ablehnen?

Oder stimmen sie dann zu, weil der
Landtags-Wahlkampf dann zu Ende ist?
Was sagen sie dann den Trägern von
sozialen Leistungen, die dann zur
Streichung anstehen? Sie haben Pech
gehabt, weil ihr Angebot nach dem
Wahlkampf auf die Streichliste gesetzt
wurde?

Meine Damen und Herren von der
SPD. Dieses Verhalten wäre
verantwortungslos und nicht
hinnehmbar!!!

Nicht vertretbar ist aber auch die
Herangehensweise der Grünen-Fraktion:
Auch Sie scheuen sich, zu den
Ausgabenkürzungen Stellung zu
beziehen, indem Sie die
Konsolidierungsbemühungen vertagen
und den Ball alleine an das Land
weiterreichen.

Meine Damen und Herren, die Lage
ist viel zu Ernst, als dass wir unsere
Anstrengungen zur Haushaltskonsoli-
dierung einfach weiter vertagen können.

Diese Zeit haben wir nicht mehr !!!

5 vor 12 war gestern!!! Heute ist es zu spät, sich erst einmal zurückzulehnen und alleine die Anderen – also Bund und Land - zum Handeln aufzufordern. Den Antrag ihrer Landtagsfraktion hat Herr Reese ja gerade vorgetragen.

Auch wir erwarten Hilfe von Bund und Land !

Doch ein Programm, dass zur Entschuldung der Stadt beitragen soll, wird es nur geben, wenn die Stadt selbst aktiv Haushaltskonsolidierung betreibt. Das Land wird nicht pauschal eine Gießkanne mit Geld über alle verschuldeten Städte NRWs regnen lassen. Wahrscheinlicher ist wohl, dass nur eine Stadt, die auch Eigenleistungen erbringt, Hilfe erwarten kann.

Wir müssen uns hier im Rat um unsere eigenen Hausaufgaben kümmern und das jährliche Defizit reduzieren. Dazu sind wir Liberale bereit!

Daher auch unser Änderungsantrag zum „Essener Signal“: Wir unterstützen die Forderungen des Essener Signals an Land und Bund!!

Wenn man sich jedoch dem Essener Signal „uneingeschränkt“ anschließt, wie es in dem Antrag von CDU und SPD heißt, gehört auch der Punkt der im Essener Signal ausdrücklich benannten „Eigenverpflichtung“ dazu. Wenn man diesen Punkt weg lässt, kann man nicht glaubhaft die anderen Teile des Signals beim Land und Bund einfordern.

Meine Damen und Herren von der SPD: wie ernst meinen Sie Ihren Antrag? Wenn sie im gleichen Atemzug ankündigen, die Ausgabenkürzungsliste der Verwaltung im Sozialbereich nicht mittragen zu wollen, erhärten Sie bei mir den Eindruck, dass Ihre Bereitschaft zu eigenen Sparanstrengungen eher gering ist. Dann aber verstehe ich Ihren Antrag,

sich dem Essener Signal uneingeschränkt anschließen zu wollen, nicht. Denn dieser beinhaltet ja die Selbstverpflichtung zu eigenen Sparanstrengungen. Davon habe ich von Ihnen bisher nichts gehört. Vor allem Sie von der SPD, haben schon unmittelbar nach Veröffentlichung der HSK-Liste, für weite Teile der Vorschlagsliste Ihre Ablehnung signalisiert. Wollen Sie nun eigene Sparanstrengungen unternehmen? Wenn ja, dann müssen Sie sich dazu auch inhaltlich erklären und nicht nur ablehnen!



Die Sparanstrengungen der Stadt Wuppertal müssen aber konzeptionell angelegt sein. Das ist das Haushaltssicherungskonzept des Oberbürgermeisters leider nicht. Es ist konzeptionslos.

Dem Sparkonzept fehlt die langfristige Perspektive für Wuppertal.

- Wo wollen wir mit den Haushaltskonsolidierungsbemühungen hin?
- Wie können wir nicht nur Ausgaben kürzen, sondern auch Einnahmen generieren?
- Wie können wir unsere Investitionskraft wieder herstellen?
- Wie können wir den Wegzug von Einwohnern und den Abbau von Arbeitsplätzen aus unserer Stadt abschwächen und
- wie können wir neue Einwohner und damit Einnahmen für die Stadt gewinnen.

- Wie können wir neue Unternehmen ansiedeln und damit Arbeitsplätze schaffen?

Das Haushaltssicherungskonzept der Verwaltung gibt auf alle diese Fragen keine Antwort.

Andere heute schuldenfreie Städte in der Umgebung wie Langenfeld oder Düsseldorf haben dafür einen Masterplan bereits vor 20 Jahren aufgestellt. Ein wesentlicher Teil war dort jeweils die Erhöhung der Einnahmen durch Ausweisung von Gewerbegebieten für kleine Unternehmen sowie die Investition in Einsparmaßnahmen (wie z.B. Steigerung der Energieeffizienz).

Nahezu erschreckt hat uns die Antwort der Verwaltung auf unsere Anfrage zu den erhofften finanziellen Auswirkungen der Forderungen an Land und Bund.

Ergebnis: Die Verwaltung hat keine Ahnung!

Dabei kann nur das Grundlage für ein Haushaltssicherungskonzept sein:

- Wie ist aktuell die Kostenstruktur?
- Was plane ich als externe Hilfe ein?

Daraus resultiert dann als Ergebnis: Was muss ich selber erbringen!

Solange die Verwaltung diese Zahlen nicht vorlegen will, spielt sie leider denjenigen in die Hände, die sich einer Eigenanstrengung gänzlich verweigern, wie SPD, Grüne und Linke das hier zur Zeit vormachen

Mit solchen Zahlen könnte der Kämmerer dann endlich auch zu Recht seinen Spruch los lassen: „Wer eine Einsparung ablehnt, muss einen gleichwertigen Gegenvorschlag vorlegen.“

In Wuppertal müssen wir heute weitergehende Fragen stellen, wie z.B.

auch die Frage der Infrastruktur: Welche Infrastrukturangebote brauchen wir und wo in Zukunft für weniger Einwohner und eine sich verändernde Bevölkerungsstruktur. Dafür brauchen wir für unsere Infrastruktureinrichtungen eine Entwicklungsplanung.

Ich will nur ein Beispiel nennen: Wie viele Schwimmbäder brauchen wir, wofür und wo müssen wir diese Bäder vorhalten? Mit einer solchen konzeptionellen Planung kämen wir sicher zu ganz anderen Vorschlägen als die der Verwaltung, die lediglich solche Bäder zur Streichung vorgeschlagen hat, die von der Gebäudesubstanz am Schlechtesten sind, nicht aber der Frage nachgegangen ist, wie viele Bäder, in welchen Stadtteilen mit welcher Größe und Ausstattung und für wen (Vereine, Schulen, Freizeitschwimmer etc.) brauchen wir in Zukunft.

Einige der Einsparvorschläge halten wir aber mittel- bis langfristig nicht für zielführend.

Die Erhöhung der Elternbeiträge für Kindergärten und die Offene Ganztagsgrundschule halten wir für kontraproduktiv. Gerade für berufstätige Eltern stellt sich dann immer intensiver die Frage, ob sich eine Berufstätigkeit noch lohnt. Bei Monatsbeiträgen von derzeit schon bis zu 300,- € im Monat, wird dann auch eine private Betreuung finanziell immer attraktiver, so dass gerade die Eltern mit hohen Beiträgen der Stadt fehlen werden. Eine Schließung von weiteren Schulen aus finanziellen Gründen halten wir für kontraproduktiv. Die zurückgehenden Schülerzahlen sollten dazu genutzt werden, gerade an Haupt- und Realschulen eine bessere Schüler-Lehrer-Relation aufzubauen. Die Investition von 7,5 Mio. in den Neubau von drei Gesamtschulzügen zeigt, dass

es der Ratsmehrheit gar nicht um eine Anpassung des Bestandes an die zurückgehenden Schülerzahlen geht, sondern um den sehr teuren Umbau des kompletten Systems (zum Vergleich: der Ausbau der vierzügigen Realschule Hohenstein zu einer echten Ganztagschule kostet 1,5 Mio. Euro).



Den Verkauf der Kleinen Höhe als Wohnbaufläche halten wir für kontraproduktiv. Auch wenn die Einnahmen aus dem Verkauf des Grundstückes als Wohnbaufläche einen höheren Ertrag bringt, als der Verkauf als Gewerbefläche, bringen langfristig neue Arbeitsplätze in Wuppertal nicht nur den Menschen, sondern auch der Stadtkasse mehr. Auch die Kürzung des Etats für die Schaffung und Vermarktung neuer Gewerbeflächen schadet langfristig unserer Stadt.

Wir Liberale haben uns erhofft, dass wir mit der bergischen Zusammenarbeit schon ein ganzes Stück weiter wären. Vom Rechtsamt, der Wahlbehörde, dem Rechnungsprüfungsamt bis hin zur Stadtplanung hätten schon viele verwaltungsinterne Aufgaben regionalisiert werden müssen. Wir hoffen, dass in diesen Prozess jetzt mehr Tempo kommt.

Und wir meinen, der erste Einsparbeschluss, der getroffen

wird, sollte die Politik selbst betreffen!

Im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts verlangt die Politik den Wuppertaler Bürgerinnen und Bürgern harte Einschnitte in vielen Bereichen ab. Es ist aus unserer Sicht aber unumgänglich in allen Bereichen – also auch in der Politik – zu sparen. Die Politik muss hier zudem ihrer Vorbildfunktion gerecht werden.

Eine Verkleinerung des Rates stellt ebenso wie eine Reduzierung der Bezirksvertretungen ein probates Mittel dar. Eine Verkleinerung des Rates um die maximal zulässige Anzahl von 6 auf dann 60 reguläre Mitglieder würde außerdem die Funktionsfähigkeit des Rates auch weiterhin gewährleisten. Die gesetzlichen Spielräume sollten daher vollumfänglich ausgeschöpft werden.

Wäre der Rat im Übrigen dem Vorschlag des Oberbürgermeisters aus der letzten Ratsperiode, die Ratsgröße zu reduzieren, bereits in der letzten Ratsperiode gefolgt, hätten wir jetzt schon eine Einsparsumme von 115 – 150 Tausend Euro pro Jahr erzielt / im Laufe der Ratsperiode also 500-600 Tausend Euro.

Der letzte FDP-Antrag zur Reduzierung der Zahl der Stadtbezirke wurde vom Rat am 19. Dezember 2005 zur Beratung an den Ältestenrat verwiesen und ist dort „versumpft“.

Diese Blamage darf sich der Rat nicht erneut leisten.

Wir bitten daher, diesen Antrag nicht erneut zu verweisen, damit er erneut fünf Jahre und mehr vor sich hin schlummert. Wir bitten heute dafür um Ihre Zustimmung!

Vielen Dank

LIBERALE SCHULPOLITIK

Hauptschulen stärken – nicht schließen!

Die Verwaltung will die stark rückläufigen Anmeldezahlen an den Hauptschulen jetzt zum Anlass nehmen, die Schließung weiterer Hauptschulen vorzubereiten. Dies würde aufgrund der Anmeldezahlen v.a. die Hauptschule Gertrudenstraße betreffen.



Die Schließung von Hauptschulen ist in Wuppertal auch eine Folge der beschlossenen Erweiterung der Gesamtschulen Vohwinkel und Langerfeld. Marcel Hafke: „Wir haben als einzige Partei davor gewarnt, dass der Bedarf für die Erweiterung der Gesamtschulen bei gleichzeitig rückläufigen Schülerzahlen nur durch Schulschließungen geschaffen werden kann.“

Insofern sind die aktuellen Zahlen über die Anmeldungen an den weiterführenden Schulen wenig überraschend, denn die Schülerzahlen sind aufgrund der demografischen Entwicklung insgesamt rückläufig und die Hauptschulen sind, wenn zuvor in den Ausbau der

Gesamtschulen investiert wird, von diesem Rückgang besonders stark betroffen.

Karin van der Most: „Wir erwarten von der Schulentwicklungsplanung nicht einen Schließungsplan für eine Schulform, sondern dass an allen Schulformen endlich die gleichen guten Bildungsbedingungen geschaffen werden. Dies schließt den Ausbau der Ganztagsbetreuung ein.“



Erst dann sind die Anmeldezahlen an den Schulen vergleichbar und können für die Diskussion über die Schulentwicklung in Wuppertal genutzt werden.

Wahlfreiheit der Eltern bei der Grundschule einfordern!



Die FDP hat in Nordrhein Westfalen die Auflösung der Grundschulbezirke erfolgreich durchgesetzt und damit den Eltern die freie Wahl der Grundschule ermöglicht. Karin van der Most, Mitglied im Schulausschuss: „Wenn wir dieses Recht der Eltern ernst nehmen wollen und den Elternwillen auch in Wuppertal umsetzen wollen, müssen wir

Grundschulen, wie z.B. die GGS Engelbert-Wüster-Weg aufgrund der Anmeldezahlen um einen Zug erweitern.“

An einigen Grundschulen, die von den Eltern für ihre Kinder ausgewählt werden (dazu gehören auch die GGS Birkenhöhe, Marper Schulweg) müssen in jedem Jahr Schüler abgewiesen werden, weil der Rat der Stadt die Zügigkeit an den Grundschulen festgelegt hat.

Mit dieser Festlegung ist in Wuppertal die freie Wahl der Grundschule quasi abgeschafft.

Als einzige Fraktion im Rat setzen wir uns für die freie Grundschulwahl ein

und fordern die Aufhebung der festgesetzten Zügigkeit.

Die Eltern der GGS Engelbert-Wüster-Weg haben die Fraktionen im Rat angeschrieben mit der Bitte, einen dritten Zug an der Schule einzurichten. Dies würde an dieser Schule ohne baulichen Aufwand möglich sein, da die Räumlichkeiten in der aufgegebenen benachbarten Franziskussschule genutzt werden könnten. Van der Most: „Wir unterstützen die Eltern und werden zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 04. Mai 2010 einen entsprechenden Antrag vorbereiten.“

Inklusion: Wir fordern Vielfalt von allgemeiner Bildung und sonderpädagogischer Förderung

Die Bundesrepublik hat sich der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen angeschlossen. Dies bedeutet, dass die allgemeine Schule auch für Kinder mit Behinderungen ein selbstverständlich zu wählender Lernort ist. Ziel ist, 80% aller Kinder mit Behinderungen zeitnah in allgemeinen Schulen gemeinsam mit den anderen Kinder zu unterrichten. Bedeutet dies das Ende der Förderschulen oder gar das Ende des gegliederten Schul-systems in Deutschland?

Karin van der Most: „Mitnichten. Inklusion – auch wenn die linken Parteien dies gerne so sehen wollen – bedeutet nicht, dass wir uns auf dem Weg zu einer Einheitsschule bewegen. Im Gegenteil, um die Wahlfreiheit umzusetzen, brauchen wir die Vielfalt

von allgemeiner Bildung und sonderpädagogischer Förderung.“

Trotzdem oder auch deshalb muss die UN-Konvention Anlass sein, unser Schulsystem zu überprüfen und weiterzuentwickeln: wer kann besser in der allgemeinen Schule mit welchen individuellen Förderangeboten unterrichtet werden, welche Kinder können an Förderschulen besser gefördert werden und wie kann die Förderung an den Förderschulen dazu beitragen, dass die Kinder wieder in die allgemeine Schule überführt werden können. Eine solche Diskussion müssen wir führen. Dabei steht das Wohl des Kindes im Vordergrund und nicht etwa die Abschaffung von Förderschulen.

Van der Most: „Entscheidend ist, den individuellen Förderbedarf des

einzelnen Kindes in den Mittelpunkt zu stellen und dann zu sehen mit welchem professionellen Personal ihm die beste Förderung zuteil werden kann.

Die Frage darf deshalb nicht lauten, Förderschule oder nicht, sondern was ist das Wohl des Kindes und welche Förderung braucht ein Kind. Auf diesem Wege sollten wir weiter gehen und für Integration sorgen.“

Hinweis: Am 21. April lädt die FDP zu einer Diskussionsveranstaltung mit Ralf Witzel MdL zu diesem Thema ein: „Inklusion von behinderten Kindern und Jugendlichen in Wuppertaler Regelschulen“ um 19.30 Uhr im InterCity Hotel, Döppersberg 50 in 42103 Wuppertal.

WINTER - DIENST MIT PROBLEMEN

Stell' Dir vor es schneit und es wird nicht geräumt...

Der letzte Schnee war noch nicht ganz geschmolzen, als die ersten Gebührenbescheide für Straßenreinigung und Winterdienst zugestellt wurden. Die Bürger werden in diesem Jahr mit deutlich höheren Gebühren belastet. „Doch die Anwohner von Straßen mit der Priorität 2 haben im Winter teils vergebens auf den Räumdienst gewartet mit teils verheerenden Folgen für dort ansässige mittelständische Unternehmen und Anwohner“, so Marcel Hafke, Stadtverordneter der FDP-Fraktion.

„Viele von ihnen“, so Hafke weiter, „konnten deshalb nicht zu Kunden fahren, erhielten keine Lieferungen und Aufträge blieben liegen oder Kinder konnten von ihren Eltern nicht in Kindergärten und Schulen gebracht werden. Auch in diesen Straßen werden von den Anwohnern und Betrieben erhöhte Winterdienstgebühren abverlangt, obwohl der Winterdienst teilweise eingestellt wurde“.

Während Hausbesitzer mit Bußgeldern rechnen mussten, wenn sie den Schnee vor den Häusern nicht beseitigten, gab es in Teilen Wuppertals Straßen und Plätze, die von dem Winterdienst der Stadt in Gänze ausgespart blieben.

„Es ist schon bemerkenswert, wie die SPD-Fraktion öffentlich die berechtigten Sorgen der Bürgerinnen

und Bürger lapidar als „jährliche wiederkehrende Murmeltier-Kritik“ abgetan haben“, so Hafke und ergänzt: „Wenn man doch weiß, dass es jedes Jahr Probleme beim Winterdienst gibt, dann muss die Verwaltung ihn halt so organisieren, dass diese Probleme minimiert werden oder ganz ausbleiben.

Solange die Stadt die Räumpflicht der Bürger kontrolliert, muss im Umkehrschluss der gleiche Maßstab für die Verwaltung gelten“. Hafke: „Wir haben Hochachtung vor der Leistung der Mitarbeiter des ESW. Aber



es darf nicht sein, dass die personelle Unterbesetzung und mangelnde Salzvorräte zu einem spürbaren Problem des Gebührenzahlers werden. Deswegen bleiben die Liberalen am Thema“, so Hafke abschließend.



WOHIN MIT UNTERNEHMEN?

Es gibt eine große Nachfrage, aber keinen Platz

„Über zu wenig Gewerbesteuer-Einnahmen muss sich in Wuppertal niemand wundern“, so Alexander Schmidt, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal. „Bei der Ausweisung von Gewerbeflächen hinkt Wuppertal wieder einmal hinterher und bleibt eine Antwort auf die Frage „Wohin mit Unternehmen?“ schuldig.“

Der Großteil der Flächen im Engineering Park ist bereits verkauft oder mit Optionen belegt. Schmidt: „Die Ansiedlungen von Logistikunternehmen oder von Großhandelsbetrieben sind zwar grundsätzlich positiv zu bewerten, haben jedoch nichts mit der geplanten Technologieachse Süd zu tun“. Schmidt weiter: „Das zeigt, dass wir in Wuppertal zu wenige Gewerbeflächen haben, um ansiedlungswilligen Unternehmen auch eine Ausweichfläche anbieten zu können. So kann man keine gezielte Ansiedlungspolitik mit entsprechender Clusterbildung betreiben“.

Die Liberalen kritisieren, dass benötigte große, zusammenhängende Flächen auch beim 2011 realisierten Gebiet im VohRang keine

Berücksichtigung finden, so dass die von Seiten der Stadt angebotenen Flächen bei weitem nicht den Bedarf decken. „Wir müssen jetzt schon die Flächen ausweisen, die nach VohRang mit Unternehmen gefüllt werden wollen“, so Schmidt.



Engineering Park Industriegebiet Nächstebreck Industriebrache

Um Arbeitsplätze und Steuereinnahmen zu generieren braucht Wuppertal neue, große Gewerbeflächen. Nur so kann Zukunft gestaltet werden.

Die Liberalen fordern, dass bei einem notwendigen mehrjährigen Vorlauf, die vorausschauende und angebotsorientierte Gewerbeflächenausweisung schnellstmöglich beginnt. Schmidt führt weiter aus: „Der Verzicht auf die Kleine

Höhe als Gewerbegebiet ist daher ein großer wirtschaftlicher Fehler. Man generiert zwar kurzfristige Einnahmen, aber langfristig vergibt man eine große Chance“.

Die FDP-Fraktion sieht hier dringenden Handlungsbedarf. „Die Gewerbesteuer-Einnahmen sind in Wuppertal in etwa auf dem Niveau von Langenfeld, was zwei Drittel kleiner ist als wir. Immer wieder haben uns Makler erläutert, dass es großen Bedarf an Flächen ab 30.000 qm gibt. Wenn also

die Stadt solche Flächen anbiete, würden sich auch wieder Unternehmen in Wuppertal ansiedeln, hier Steuern zahlen und neue Arbeitsplätze schaffen“, so Schmidt abschließend.

Niemals geht man so ganz

THOMAS UEBRICK

Der für lange Zeit wohl letzte liberale Beigeordnete der Stadt Wuppertal verlässt nach knapp acht Jahren unsere Stadt und orientiert sich beruflich neu. Aufgrund der Streichung zweier Beigeordnetenstellen bei der Stadt werden es kleine Fraktionen ab jetzt schwer haben im Verwaltungsvorstand personell vertreten zu sein.



Neu orientieren muss sich daher auch die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal, denn mit Thomas Uebrick

Der wohl größte Erfolg seiner Dienstzeit dürfte wohl die Fortführung der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen Solingen und Wuppertal im Bereich der Feuerwehren und der leitenden Notärzte sein. Uebrick konnte ferner mit der Realisierung der Bergischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes (BVLA) überzeugen. Seit dem 1. Januar 2010 ist das gemeinsame Amt gegründet.

verlieren wir einen wichtigen liberalen Mann.

Der 1962 geborene Wuppertaler war seit 2002 als Bauplanungsdezernent in den Dienst der Stadt getreten. Dieses Ressort leitete er bis 2008. Im August desselben Jahres wechselte er in den Geschäftsbereich Schutz und Ordnung.

Die FDP-Fraktion bedauert es zutiefst zukünftig auf die Mitarbeit des heute in Düsseldorf lebenden Volljuristen verzichten zu müssen.

Wie wünschen ihm für seinen weiteren beruflichen als auch privaten Lebensweg alles erdenklich Gute!

Überblick der Projekte, an denen Thomas Uebrick maßgeblich mitgewirkt hat:

- Fortführung der interkommunalen Zusammenarbeit zw. Solingen und Wuppertal im Bereich Feuerwehren
- Realisierung der Bergischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes (BVLA)
- Verlagerung der KFZ - Zulassungsstelle zur Müngstener Straße
- Umsetzung der Beschilderung „Einwohnermeldeamt“ am Steinweg
- Ausweitung der Geschwindigkeitsüberwachung mit zusätzlichen Radarwagen (bis 2007)
- Ausweitung des Ordnungsdienstes (10/2007 + 03/2008)
- Einrichtung der Leitstelle (Anfang 2008)
- Änderung der Straßenordnung (Alkoholverbot auf Spielflächen - 03/2008)
- Entwicklung und Umsetzung eines Jugendschutzgesamtkonzeptes (04/2008)

Regierungspräsident Jürgen Büssow zu Gast bei der FDP-Ratsfraktion



Zur Sitzung der FDP-Gesamtfraktion am 22.02.10 konnte der Fraktionsvorsitzende Jörn Suika den **Düsseldorfer Regierungspräsidenten Jürgen Büssow** begrüßen. Büssow wurde dabei begleitet von der für die Kommunalaufsicht der

Wuppertaler Finanzen zuständigen Regierungsdezernentin, Frau Binder-Falcke.

Büssow gab den FDP-Ratsmitgliedern, -Bezirksvertretern und sachkundigen Bürgern einen Überblick über den aktuellen Stand der Finanzen aus Sicht der Kommunalaufsicht im

Regierungsbezirk Düsseldorf sowie insbesondere in Wuppertal.

Zudem erläuterte er seine Sicht der Gründe für die Finanzprobleme der Kommunen.

In der anschließenden Diskussion wurden verschiedene Möglichkeiten der Einsparungen und der Kostensenkungen besprochen. Dabei können gemeinsame, bergische Projekte nach Büssows Ansicht nicht nur zur Kostensenkung führen, sondern auch zu einer Verbesserung des Angebotes und zu einer profilierteren Außerdarstellung.



BAUMSCHUTZSATZUNG

Besserer Baumschutz ohne Satzung



Die Liberalen wollen keine Neuauflage einer Baumschutzsatzung, wie von den Bündnis90/Die Grünen und Linken gefordert. Alexander Schmidt: „Die Ziele der Vorschrift, wie den Erhalt des Naturhaushaltes, die Belebung des Landschaftsbildes, die Verbesserung des Stadtklimas und der Erhalt eines artenreichen Baumbestandes sowie des Lebensraumes für die Tierwelt lassen sich auch ohne Satzung schützen. Dafür brauchen wir keine neue Bürokratievorschrift“.

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die Baumschutzsatzung nicht dem Erhalt der Bäume diene. Damals wurden pro Jahr mehr als 750 Ausnahmegenehmigungen erteilt, ohne dass eine Ersatzpflanzung oder Ausgleichszahlung erfolgte. Sies waren

immerhin über 30% der Fällgenehmigungen. Schmidt: „Wenn die Wiedereinführung der Baumschutzsatzung gefordert wird, stehen wohl eher fiskalische Interessen im Vordergrund, denn die Gebühren für die Erteilung der Ausnahmegenehmigungen schaffen eine zusätzliche Einnahmequelle für den städtischen Haushalt.“

Fünf Jahre ohne Baumschutzsatzung haben gezeigt, dass die Bürger ihre Bäume nicht einfach so fällen. Und Bäume, die Gefahr laufen, im Rahmen von Baumaßnahmen gefällt zu werden, können auch mit der Bauleitplanung geschützt werden. Hierzu bedarf es keiner Satzung. Gleiches gilt für Bäume im Außenbereich, die ohnehin durch andere Rechtsvorschriften, wie Landschaftspläne geschützt sind.

Schmidt: „Wir wollen den Baumbestand in Wuppertal schützen und dafür Sorge tragen, dass der Bestand langfristig gesichert bleibt. Dies geht aber nur, wenn alte Bäume gefällt und neue Bäume nachwachsen können. Die Baumschutzsatzung wirkt hier eher bremsend als fördernd.“

STÄRKE GESCHWÄCHT

Bebauung Heidter Straße/Rädchen

Die geplante Bebauung in Ronsdorf erhitzt die Gemüter. Sind doch die ablehnenden Voten der Bezirksvertretung Ronsdorf, der Stadt Remscheid und des Landschaftsbeirates ungehört verhallt. CDU und SPD haben sich somit in der Ratssitzung vom 15. März gegen die gegen den Bürgerwillen und gegen die Natur durchgesetzt. Wortbeiträge der Opposition und allen



voran des FDP-Stadtverordneten Alexander Schmidt vermochten es nicht, den mit der Baumaßnahme einhergehenden Eingriff in Natur und Quellbereiche zu verhindern. „Mit der Bebauung wird ein Landschaftsfenster zerstört“, so Schmidt und ergänz: „Wir haben eine kritische Sicht auf Bebauungen im Außenbereich, gerade dann, wenn diese aufgrund einer Vielzahl von zusätzlich genehmigten Baugrundstücken für Einfamilienhäuser, wie Vogelsholz, Holthäuser Straße und am Engineering Park überflüssig sind“. Die Fläche an der Heidter Straße/Rädchen hätte zudem aus Sicht der Liberalen als Kompensationsfläche für die Errichtung von Landeseinrichtungen im Bereich Erbschlöh dienen können.

Fazit: Diese Maßnahme schwächt durch die weitere Zerstörung von Kulturlandschaft eine der wenigen Stärken Wuppertals.

NEUER VORSITZENDER DES TIERHEIMBEIRATES

Manfred Todtenhausen



Am 17. März wurde der Stadtverordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit zum Vorsitzenden des Tierheimbeirates gewählt.

Ihn erwartet in finanziell schwierigen Zeiten eine nicht minder schwierige Aufgabe. „Trotzdem freue ich mich, dem Tierschutz auf diesem Wege behilflich sein zu können“, so Todtenhausen nach seiner Wahl.

Damit schließt er an eine Tradition an, die lange von dem FDP-Ehrenvorsitzenden Werner Draudt gepflegt wurde, der heute Ehrenvorsitzender des Tierschutzvereins ist.



Termine

Gesamtfraktion

19.04.2010, 18.30 - 20.00 Uhr,
Ratssaal, Rathaus

Gast: Stadtkämmerer Dr. Johannes
Slawig; Diskussion über die aktuelle
Haushaltssituation, den vorliegenden
Haushaltsplanentwurf und das
Haushaltssicherungskonzept

10.05.2010, 18.30 - 20.00 Uhr,
1. Sitzungszimmer, Rathaus
Vorbereitung der Ratssitzung

07.06.2010, 18.30 - 20.00 Uhr,
1. Sitzungszimmer, Rathaus
Gast: Beigeordneter Dr. Stefan Kühn;
Vorstellung seines Geschäftsbereich
Soziales, Jugend und Integration und
Diskussion über Einsparvorschläge im
Sozial- und Jugendbereich

05.07.2010, 18.30 - 20.00 Uhr,
1. Sitzungszimmer, Rathaus
Vorbereitung der Ratssitzung

Ratssitzungen

17.05.2010, 16.00 Uhr, Ratssaal,
Rathaus

12.07.2010, 16.00 Uhr, Ratssaal,
Rathaus

Arbeitskreise

Arbeitskreis 1

Wirtschaft, Stadtentwicklung, Bauen,
Verkehr und Umwelt

03.05.2010, 20.00 Uhr, Rathaus,
Zimmer 148

*Leitung: Thilo Prokosch und Alexander
Schmidt*

Arbeitskreis 2

Soziales, Integration, Jugend, Schule,
Sport und Kultur

12.04.2010, 20.00 Uhr, Rathaus,
Zimmer 148

*Leitung: Susanne Wywiol und Eva
Schroeder*

Arbeitskreis 3

Finanzen, Beteiligung, Zentrale Dienste,
Schutz, Ordnung und OB

31.05.2010, 20.00 Uhr, Rathaus,
Zimmer 148

Leitung: Hartmut Stiller und Jörn Suika

NKF-Seminar

11.04.2010, 10.00 - 18.00 Uhr,
Raum A-260, Rathaus

Referent: Dr. Hanspeter Knirsch;
Zusammen mit der VLK bietet die
Fraktion ein Grundlagenseminar zum
Thema Haushalt an. Dieses Seminar
richtet sich insbesondere an alle
Mitglieder der Gesamtfraktion. Die
Einladung zu dem Seminar liegt als
Anlage zu dieser Ausgabe bei. Bitte
beachten Sie, dass eine Anmeldung auf
diese Einladung erfolgen muss.

Impressum

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Rathaus (Barmen), Zimmer 150
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Tel 0202 / 563 62 72

Fax 0202 / 563 85 73

E-Mail fraktion@fdp-wuppertal.de

Internet www.fdp-wuppertal.de

Die Geschäftsstelle ist wie folgt besetzt:

Mo - Do: 9.30 Uhr bis 16.30 Uhr

Fr: 9.30 Uhr bis 13.00 Uhr

Redaktion

(die nächste Ausgabe erscheint im Mai 2010)

Tobias Wierzba (V.i.S.d.P.)
Karin van der Most

Fotos und Layout

Tobias Wierzba, © FDP-Fraktion